



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Afrikanische Schweinepest (ASP) - unverzügliche Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen der Sonder-Agrarministerkonferenz vom 18. Januar 2018 und der Erfordernisse, die sich aus der Teilnahme des Landes Sachsen-Anhalt an der Bundesübung zur ASP ergaben

Antrag der Fraktion AfD - **Drs. 7/2522**

Der Landtag wolle beschließen:

Afrikanische Schweinepest (ASP) - Maßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt zur Prävention und Vorbereitung auf einen möglichen Seuchenfall intensivieren

Der Landtag stellt fest, dass der Landtagsbeschluss Drucksache 7/2244 „Präventive Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest verstärken“ vom 20. Dezember 2017 ein richtiger erster Schritt zur Ergreifung von präventiven Maßnahmen gegen die Ausbreitung des ASPV (Afrikanischer Schweinepestvirus) gewesen ist. Seither hat sich die Sonder-Agrarministerkonferenz erneut mit dem Thema „Afrikanische Schweinepest“ beschäftigt und eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Ebenso sind die aktuellen Entwicklungen über die Verbreitung des ASPV mit großer Besorgnis zu betrachten. Aus diesen Anlässen heraus, ist eine erneute Beschlussfassung des Landtages zur Intensivierung der Maßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt zur Prävention und Vorbereitung auf einen möglichen Seuchenfall, erforderlich.

Somit wird die Landesregierung aufgefordert:

1. alle bestehenden Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen fortzuführen, insbesondere zur Einfuhr und der Entsorgung von Fleisch- und Wursterzeugnissen aus ASP-betroffenen Ländern, zur Prävention gegen die ASP systematisch fortzuführen und umgehend im gesamten Landesgebiet Sachsen-Anhalt gezielt zu intensivieren;
2. weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung einer Einschleppung der ASP, Maßnahmen der frühestmöglichen Erkennung eines Seuchenfalls und ggf. dann zu befürchtenden Verbreitung zwischen den unterschiedlichen Beteiligten zu koordinieren und zu kommunizieren;

(Ausgegeben am 07.03.2018)

3. die Arbeit der Sachverständigengruppe zur ASP zu intensivieren, mit dem Ziel weitere Präventionsmaßnahmen zu identifizieren und umzusetzen. Dieser Sachverständigengruppe sollen auch die betroffenen und beteiligten Verbände angehören;
4. die Regulierung des Schwarzwildbestandes mit dem Ziel der Reduzierung der Schwarzwilddichte bereits vor Ausbruch des Seuchenfalls in Sachsen-Anhalt zu intensivieren. Dazu sind entsprechende, insbesondere jagdliche Maßnahmen, wie zum Beispiel revierübergreifende Drückjagden oder weitere geeignete Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr erforderlich. Zudem, ist die Gewährung von Abschussprämien für Frischlinge in Erwägung zu ziehen;
5. des Weiteren sollen entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um nötige Vorräte an z. B. Zäunen für die Pufferzonenabgrenzung bereitzustellen und die Schulungen des Personals umzusetzen,
6. die Kommunikation zwischen den Landkreisen, dem Land und dem Bund ist zu verstärken, um einen Seuchenfall schnellstmöglich zu kommunizieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen;
7. im Vorfeld eines möglichen Ausbruchs der ASP sind für die bereits angeschafften und noch zu erwartenden Wildsammelcontainer die Standorte mit den Landkreisen festzulegen und deren Standorte zu veröffentlichen;
8. Hinsichtlich des Umgangs mit Material zur Probeentnahme die Jagdausübungsberechtigten dahingehend zu schulen, dass die erforderlichen Desinfektionsmaßnahmen eingehalten werden.

Begründung

Die aktuelle Situation bezüglich der Verbreitung des ASPV in den osteuropäischen Ländern ist mit größter Sorge zu betrachten. Die bisherigen Maßnahmen (Landtagsbeschluss Drucksache 7/2244 „Präventive Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest verstärken“ vom 20. Dezember 2017) und die Beschlüsse der Sonder-Agrarministerkonferenz vom 18. Januar 2018 in Berlin müssen unverzüglich umgesetzt werden, um die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß einer Einschleppung nach Sachsen-Anhalt zu verringern. An den erforderlichen Maßnahmen hierfür müssen Behörden auf allen Ebenen, Verbände, Jägerschaften und Bürger schnellst möglich und intensiv beteiligt werden. Dies erfordert eine umfassende Koordination und Kommunikation mit allen Beteiligten. Nicht nur vor dem Hintergrund der ASP ist die Regulierung des Schwarzwildbestandes eine Daueraufgabe. Andere Gründe sind die durch Wildschweine verursachten Unfälle sowie Schäden an Hochwasserschutzanlagen, forstlichen Anpflanzungen, im Bereich der Landwirtschaft und auch im urbanen Raum.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN